

Am Donnerstag, den 08.10.20 haben Vertreter des GATWU Vorstandes mit dem Leiter des bildungspolitischen Arbeitskreises der CDU Fraktion Stefan Schlede und Patricia Stelter, Referentin für Bildung, Jugend, Familie und Wissenschaft (CDU) im Berliner Abgeordnetenhaus ein Gespräch geführt. Im Folgenden veröffentlichen wir unser Fachgebiet betreffend eine Zusammenfassung der Ergebnisse. Die in der Stellungnahme der Berliner CDU vom 21. April 2015 geäußerten Argumente zum Entwurf des neuen Rahmenlehrplans für Berlin/Brandenburg hinsichtlich einer unbegründeten Notwendigkeit gemeinsamer Rahmenlehrpläne (RLP) für Berlin und Brandenburg werden zwar nach wie vor als gravierend angesehen, dennoch scheint es derzeit politisch nicht durchsetzbar zu sein, dass Berlin und Brandenburg doch noch – wie bisher - autonome, separate Rahmenlehrpläne erhalten.

Die in der Presseerklärung des Brandenburger Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft vom 23. April 2015 unter der Überschrift „Rahmenlehrplan: Mehr Zeit bis zur Einführung“ Geäußerte Absicht, tatsächlich mehr Zeit für die Verbesserung und Implementierung der neuen Pläne zu geben, ist sehr zu begrüßen. Die entsprechende Verschiebung der Einführung der neuen Rahmenlehrpläne ist maßgeblich auf eine Initiative der Berliner CDU zurückzuführen. Das nun bekannt gewordene Verfahren des LISUM, dass die aktuelle Version des Lehrplanes WAT eilig auf den Weg gebracht wurde und sich bereits auf dem Zeichnungswege befindet, ist nicht akzeptabel und widerspricht der Intention, den Lehrplan inhaltlich zu verbessern. Gegebenenfalls könnte eine erneute Verschiebung des Einführungstermins notwendig werden. Leider ist bisher nicht offengelegt worden, welche Kritik während der Anhörungsphase dazu geführt hat, die vorliegende Fassung zu erstellen. Die von der Senatorin Scheeres im April angekündigte Absichtserklärung, eine anonymisierte, für alle zugängliche Veröffentlichung aller Anhörungsbeiträge zum RLP vorzunehmen, scheint nicht in die Tat umgesetzt zu werden. Die Thematik der Bewertung von Schülerleistungen in Kombination mit den neu einzuführenden acht Niveaustufen bedarf einer gründlichen Analyse und Plausibilitätsprüfung. Der Leistungsbewertung sollte eine bedeutende Rolle in den Lehrplänen zugeordnet werden.

Die für die Berliner integrierten Sekundarschulen sehr ungerechte Verteilung von professionellen Werkstattleitern in Schulwerkstätten ist nicht hinnehmbar. Nur 40 Prozent der ISS verfügen über Werkstattleiter. Die Berliner CDU wird sich für die Verbesserung dieser unhaltbaren Situation einsetzen. Eine entsprechende Eingabe in die Verhandlung des laufenden Doppelhaushaltes konnte jedoch derzeit keine Berücksichtigung finden. Ebenso mühsam erscheint es, die erforderlichen finanziellen Mittel für eine verbindliche Bereitstellung von Stunden hinsichtlich Teilungsunterricht in der Stundentafel einer ISS zu sichern. Die Situation, dass etliche Schulen Lehrplaninhalte nicht umsetzen können, beispielsweise im Pflichtunterricht WAT, da der Teilungsunterricht nicht gegeben werden kann, ist bekannt. Die CDU will für Besserung sorgen.

Das Gespräch führte für die GATWU Evelyn Böhm-Ukat und Reinhold Hoge. Beide Seiten äußerten den Wunsch in allen bildungspolitischen Fragen weiterhin im Gespräch zu bleiben.

Die Stellungnahme der Berliner CDU vom 21. April 2015 zum Entwurf des neuen Rahmenlehrplans für Berlin/Brandenburg ist auf Wunsch beim GATWU Vorstand (hoge@gatwu.de) erhältlich.